

Dierkes, Meinolf

Article

Bürgerbewegungen bekommen Zulauf: Ursprung und Ziele der Bürgerinitiativen

Der Gemeinderat

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Dierkes, Meinolf (1978) : Bürgerbewegungen bekommen Zulauf: Ursprung und Ziele der Bürgerinitiativen, Der Gemeinderat, ISSN 0723-8274, Eppinger, Schwäbisch Hall, Vol. 21, Iss. 11, pp. 14-15

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/123010>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



WZB-Open Access Digitalisate

WZB-Open Access digital copies

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB). Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH
Bibliothek und wissenschaftliche Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
E-Mail: bibliothek@wzb.eu

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.

The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:

Berlin Social Science Center (WZB)
Library and Scientific Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
e-mail: bibliothek@wzb.eu

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter <http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000> verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**. More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at <http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000>.

Bürgerbewegungen bekommen Zulauf

Ursprung und Ziele der Bürgerinitiativen

Von Meinolf Dierkes

1973 verlieh der damalige Bundespräsident Heinemann den 'Theodor-Heuss-Preis' an eine Bürgerinitiative in München. Was seinerzeit als erster Ausdruck von Bürgermündigkeit angesehen wurde, ist inzwischen zu einer sozialen Bewegung geworden, die sichtbares Konfliktpotential, aber auch politische Entwicklungschancen in sich birgt.

Es ist eine Spannung entstanden. Einerseits werden Bürgerinitiativen in Reden von Politikern und in Grundsatzklärungen der Parteien begrüßt, etwa als Zeichen eines wachsenden Engagements von Bürgern im politischen Bereich oder als soziales Frühwarnsystem, andererseits sind die Spannungen zwischen Bürgerinitiativen und den Repräsentanten politischer und administrativer Macht im tagespolitischen Geschäft nur allzu deutlich. Wenngleich – durch eine häufig auf spektakuläre Berichterstattung ausgerichtete Presse – Bürgerinitiativen insbesondere dann ins öffentliche Blickfeld geraten, wenn zwischen ihnen und den po-

litischen Verantwortlichen Konflikte aufbrechen und vielfach gegebene konstruktive Kooperation öffentlich weniger deutlich wird, kann nicht übersehen werden, daß sich hier eine breit getragene gesellschaftliche Gegenbewegung bildet.

Umweltprobleme werden wahrgenommen

Waren es am Anfang der Bürgerbewegung in der Bundesrepublik bildungspolitische Fragen (kleine Kinder brauchen kleine Klassen), so sind seit Beginn der siebziger Jahre umweltpolitische und ökologische Probleme in das Zentrum der Diskussion und der

politischen Auseinandersetzung getreten. Die Berichte im Club of Rome, aber auch die beginnenden Gesetzesinitiativen im Umweltschutzbereich in allen industrialisierten Ländern haben Anfang dieses Jahrzehnts Änderungen in politischen und gesellschaftlichen Werthaltungen in der Bundesrepublik herbeigeführt. Während 1970 noch kaum jemand den Begriff 'Umweltschutz' richtig einordnen konnte oder gar kannte, werden Umweltprobleme heute in der Bevölkerung als sehr dringend wahrgenommen und haben einen hohen politischen Stellenwert. Sowohl Untersuchungen aus dem Internationalen Institut für Umwelt und Gesellschaft des Wissenschaftszentrums Berlin als auch die Zusammenstellung der seit Anfang der 70er Jahre verfügbaren Umfrageergebnisse zu diesen Problemen, die der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen in seinem Gutachten 1978 vorgelegt hat, weisen darauf hin, daß eine betreffende Umorientierung in den Wertstrukturen in der Bevölkerung der Bundesrepublik stattgefunden hat. Ökologische Werte sind in den Vordergrund getreten.

Der Wandel im Umweltbewußtsein kann als ein Motor der Umweltbewegung gesehen werden. Es kann festgestellt werden, daß sich in Bürgerinitiativen vergleichbar viele Bürger engagieren wie in den

politischen Parteien. Zwar schwanken hier die Schätzungen – Thaysen (vor der Deutschen Vereinigung für Parlamentsfragen): etwa 1,5 Millionen Bundesbürger in Bürgerinitiativen (hier nicht nur Umweltschutzbürgerinitiativen), Umfrage des Internationalen Instituts für Umwelt und Gesellschaft (Berlin 1977): 4% der erwachsenen Berliner, Gräfin Dönhoff („Die Zeit“ vom 29.9.1978): 3 Millionen Bundesbürger allein in Umweltschutzbürgerinitiativen – aber in jedem Fall wird ein beachtliches Potential sichtbar, das auf umweltbezogene Bedürfnisse verweist und gleichzeitig neue politische Teilnehmungsformen wachsen läßt.

Bewegung gegen verplantes Leben

In der Umweltbewegung, wie sie sich in Bürgerinitiativen manifestiert, verbindet sich das wachsende Umweltbewußtsein mit einem stärker werdenden Anspruch auf Mitwirkung bei Entscheidungsprozessen in den unterschiedlichsten Planungs- und Politikbereichen, zunächst vor allem bei umweltrelevanten Planungsvorhaben. Aber bereits jetzt sind neue Problemfelder sichtbar: Mietermitbestimmung, Partizipation bei Entscheidung in Wissenschaft und Forschung sowie bei der psychosozialen Versorgung. Es wird deutlich, daß die Bürgerbewegung sich hier

Einschätzung der Umweltpolitik der Bundesrepublik Deutschland:

	(1) überhaupt nicht	(2) kaum	(3) etwas	(4) ziemlich	(5) sehr	Mittelwert (arithm. Mittel)
Mit der Umweltpolitik in der Bundesrepublik können wir alles in allem zufrieden sein	18%	31%	22%	22%	4%	2.6
Es macht mich besorgt, daß der Staat so wenig zum Schutz der Umwelt unternimmt	4%	12%	24%	29%	28%	3.7

zunehmend als eine Gegenkraft gegen ein allseits verplantes und verwaltetes Leben versteht. Durch staatliche aber auch industrielle Bürokratie wird das Leben des einzelnen Bürgers als mehr und mehr standardisiert angesehen; Freiheitsräume im Handeln erscheinen zunehmend enger. Die überall sichtbaren Zentralisierungstendenzen unserer Gesellschaft werden als wesentliche Ursache hierfür angesehen. Gesellschaftliche Planung und Verantwortung gilt zunehmend als dem einzelnen entzogen und Experten zugeordnet. Der einzelne wird aus dieser Sicht heraus mehr und mehr als Objekt einer verwalteten Welt gesehen; einer Welt, in der er das Gefühl, gestaltendes Subjekt seines persönlichen Lebens zu sein, zunehmend entbehrt. Der Wunsch jedoch, sein Leben und seine Umwelt aktiv und eigenverantwortlich zu bestimmen, stellt eine Quelle des Unbehagens dar, die ebenfalls zur Bildung von Bürgerinitiativen beiträgt und ihnen eine bestimmte gesellschaftlich-ideologische Grundhaltung ermittelt.

Der eher globale Wunsch nach einer gesunden natürlichen Umwelt und das Bedürfnis nach Partizipation haben in Umweltschutz - Bürgerinitiativen vielfach dazu geführt, daß sich diese weniger mit technischen und juristischen Problemen des Umweltschutzes befassen, wie sie Gegenstand der Umweltpolitik in der politischen Administration sind. So existieren keine Bürgerinitiativen für ein effizientes Abwasserabgabengesetz oder für eine bestimmte Fassung der Technischen Ableitung Luft. Bürgerinitiativen im Umweltschutzbereich führen in der Regel Diskussionen, die in einer Verknüpfung ökologisch-philosophischer Grundfragen mit konkreten regionalen Planungsaufgaben bestehen. Diese beiden Diskussionsebenen wiederum sind höchstens am Rande Gegenstand der Auseinandersetzungen im gesetzgeberischen Raum, zentral tangieren in ihren konkreten

Aspekten lediglich kommunale Planungsprozesse. So ist es nicht verwunderlich, wenn die Konflikte zwischen Bürgerinitiativen und politischer Administration im Wesentlichen auf der lokalen Planungsebene erfolgen.

Bürgerinitiativen werden institutionalisiert

Diese Feststellung trifft sicher nicht in jedem Einzelfall den Sachverhalt in der derzeit sichtbaren Grundtendenz, mit Blick auf die zukünftige Entwicklung der Umweltbewegung sind hier Änderungen zu erwarten. Durch die Bildung überregionaler Zusammenschlüsse und das Aufkommen von ökologisch-umweltpolitisch orientierten Wahlbündnissen und Parteien findet ein für soziale Bewegungen typischer Prozeß der Institutionalisierung der Bewegung statt, in dessen Verlauf sich Experteneliten herausbilden dürften, die über eine positive Werthaltung gegenüber ökologischen Problemen hinaus Fachkompetenz repräsentieren und im tagespolitischen Geschäft auf gesetzgeberischer und administrativer Ebene Mitsprache fordern, sich daher künftig durchaus mit technischen und juristischen Fragen im Umweltschutz auseinandersetzen werden. Was hier als Zukunftsperspektive für die Umweltschutzbürgerbewegung in ihrer Gesamtheit skizziert wurde, zeichnet sich im Kleinen in den einzelnen Bürgerinitiativen zur Zeit schon ab. Wie in einer Untersuchung des Instituts für Zukunftsforschung in Berlin gezeigt werden konnte, besteht bei Bürgerinitiativen im Umweltschutzbereich die Tendenz, sich mehr und mehr von lokalen Problemen zu lösen und sich allgemeineren umweltpolitischen Fragen zuzuwenden.

Klammert man eine politikwissenschaftlich-normative Betrachtung aus und wendet im Rahmen einer empirischen Orientierung den Blick auf die de facto stattfindende Beteiligung von Bürgerinitiativen in der Öffentlichkeit, so ergibt

sich insgesamt etwa folgendes Bild der Umweltschutzproblematik und der hier agierenden Bürgerbewegung:

In der Wahrnehmung der Bevölkerung hat sich die Umweltqualität in der Bundesrepublik in den letzten fünf Jahren eher verschlechtert. Diese Auffassung wird von 41 Prozent der Bevölkerung geteilt, 23 Prozent meinen, sie sei eher geblieben und 33 Prozent meinen, sie habe sich eher verbessert. Diejenigen, die die Entwicklung in der Vergangenheit eher ungünstig beurteilen, haben auch eine pessimistischere Erwartung für die zukünftige Entwicklung unserer Umweltqualität. Es fällt auf, daß sowohl die vergangene als auch die künftige Entwicklung von den jüngeren Befragten im Umweltschutzbereich negativer gesehen wird. Es sind auch die Jüngeren, die die Ansicht, in der Bundesrepublik werde im Vergleich zu anderen Industriestaaten Umweltschutz nicht so streng gehandhabt, vertreten. In Konkurrenz mit anderen politischen Aufgaben wird Umweltschutz als außerordentlich wichtig angesehen - nur die Arbeitslosigkeit wird als ein wichtigeres gesellschaftliches Anliegen wahrgenommen. Der wahrgenommenen Bedeutung des Problems entsprechen aus der Sicht der Befragten keine vergleichbaren politischen Aktivitäten in der Umweltpolitik der Bundesrepublik.

Dieser Einschätzung der Umweltpolitik der vergangenen Jahre entspricht das Gefühl, auch in der näheren Zukunft von den etablierten gesellschaftlichen Institutionen weniger im Umweltschutz erwarten zu können als von der sich bildenden Bürgerbewegung. Von Bürgerinitiativen werden am ehesten Beiträge zur Lösung der Probleme erwartet.

Hoffnungsträger Bürgerinitiative

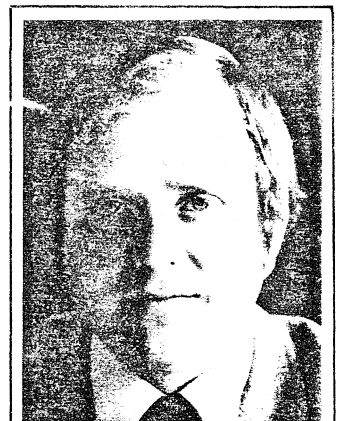
Einen wirkungsvollen Beitrag zum Umweltschutz kann man in den nächsten fünf Jahren am ehesten erwarten von (bis zu zwei Nennungen möglich)

- 1 den Bürgerinitiativen 48%
- 2 der Industrie 38%
- 3 der Bundesregierung 31%
- 4 den Verbrauchern 25%
- 5 einer Umweltpartei 21%
- 6 den Gerichten 14%
- 7 den Parteien 8%
- 8 den Gewerkschaften 2%

Es fällt auf, daß sich sehr wenig Hoffnungen an die etablierten politischen Parteien knüpfen. Eher werden noch Initiativen seitens der Industrie und der Regierung erwartet. Das posi-

tive Bild der Bürgerinitiativen, das hier seinen Ausdruck findet, hat sich auch auf das Image einer möglichen - nicht einer real existierenden - Umweltpartei übertragen. Politische Wunschvorstellungen schlagen sich hier nieder. Diese politischen Wünsche, Hoffnungen und Erwartungen scheinen durch die etablierten Parteien nicht befriedigt zu werden. Aber auch die real existierenden Umweltparteien sind in der Meinung eines Großteils der Bevölkerung zu sehr mit traditionellen politischen Einordnungsversuchen in ein rechts-links-Schema befaßt, als daß ihre ökologische Orientierung und ihre stärkere Akzentuierung auf mehr Bürger-nähe und dezentrale Entscheidungsstrukturen in das Zentrum der Betrachtung rücken würden.

Die geringen Wahlerfolge der Umweltparteien in Bayern und in Hessen sind vielleicht für die Umweltschutzbewegung selbst von Vorteil. Eine parteipolitische Institutionalisierung und damit auf mittlere Sicht eine politische Bürokratisierung würde dem einen Grundanliegen der Bewegung mit dem erklärten Anspruch nach mehr direkter Demokratie und Bürgerbeteiligung eher im Wege stehen. Diesem Anliegen werden spontan sich bildende Bürgerinitiativen weit eher gerecht. Es bleibt dann aber die Frage, wie diese trotz ihrer informellen Struktur an politischen Entscheidungsprozessen - auch außerhalb des Parteienspektrums - beteiligt werden können.



Prof. Dr. Meinolf Dierkes ist Direktor des Internationalen Instituts für Umwelt und Gesellschaft des Wissenschaftszentrums Berlin, Mitglied des Forschungsbeirats der Europäischen Gemeinschaften (CERD) und Adjunct Professor am Europäischen Institut für Unternehmensführung (INSEAD) in Fontainebleau.